

Berichte

II. Treffen von Chefredakteuren juristischer Zeitschriften sozialistischer Länder in Warschau



*Lech Domeracki,
Minister der Justiz
der Volksrepublik Polen,
bei seinem Eröffnungsvortrag*

Auf Initiative des Ministers der Justiz der VR Polen trafen sich vom 29. April bis 2. Mai 1986 in Popowo bei Warschau Chefredakteure juristischer Zeitschriften aus der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik („Neue Justiz“ und „Der Schöffe“), der Republik Kuba, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und aus der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik. Sie berieten zum Thema „*Recht und ideologischer Kampf — die Rolle und der Platz der juristischen Zeitschriften in diesem Kampf*“.

Die Teilnehmer der Beratung hörten Referate der VRP, der UdSSR und der DDR zum Hauptthema und Mitteilungen der Vertreter aller Delegationen über die Aufgaben ihrer Zeitschriften bei der Bekämpfung der von imperialistischen Staaten ausgehenden ideologischen Diversion auf den verschiedensten Gebieten des sozialistischen Rechts. Es fand ein

intensiver Austausch von Arbeitserfahrungen sowie von Überlegungen und Vorschlägen zur Propaganda des sozialistischen Rechts statt.

Die Beratungsteilnehmer verständigten sich über die Notwendigkeit der weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit und des Ausbaus bilateraler Beziehungen. Sie erzielten u. a. Übereinstimmung hinsichtlich des Zeitschriftenaustauschs, der gegenseitigen Information und der Hilfe bei Publikationen.

In einem Appell wandten sich die Vertreter der Zeitschriften aus acht sozialistischen Ländern an die Chefredakteure und Mitarbeiter der juristischen Zeitschriften der ganzen Welt und riefen auf, sich im Interesse der Erhaltung des Friedens für die Einhaltung des Völkerrechts einzusetzen.

Ein Abschlußprotokoll unterstrich den hohen Wert und den Erfolg der Zusammenkunft. In das Protokoll wurden Schlußfolgerungen zum weiteren Ausbau der Beziehungen aufgenommen.

Appell an die Chefredakteure und Mitarbeiter der juristischen Zeitschriften der ganzen Welt

Wir, die Teilnehmer des II. Treffens der Chefredakteure juristischer Zeitschriften sozialistischer Länder, die sich vom 29. April bis 2. Mai 1986 in der VR Polen versammelten — in einem Land, auf dessen Boden zwei Weltkriege stattfanden, von denen der zweite mit einem Überfall auf dieses Land begann und gewaltige Zerstörungen und unzählige Verluste hinterließ —, wenden uns unter den Bedingungen einer neuen Gefährdung des Friedens durch die nukleare Hochrüstung der USA und der aggressiven Kräfte der NATO, unter Bedingungen, da über das Schicksal der Menschheit entschieden wird, an die Chefredakteure und Mitarbeiter juristischer Zeitschriften in der ganzen Welt mit dem Aufruf, die Anstrengungen der juristischen Öffentlichkeit, unabhängig von ideologischen und politischen Anschauungen, auf die Entwicklung übereinstimmender Auffassungen und solidarischer Haltungen bei der Bewahrung und Festigung des Friedens zu richten.

Das Recht, insbesondere das Völkerrecht, ist in der heutigen Welt ein wichtiger Regulator der Beziehungen zwischen den Ländern. Seine Normen, die in vielen Beschlüssen der UNO, in multilateralen und bilateralen Vereinbarungen niedergelegt sind — so in der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die 1975 in Helsinki stattfand — schaffen die Möglichkeit, Konflikte zwischen den Ländern auf friedlichem Wege zu lösen, und eröffnen Möglichkeiten, die Zusammenarbeit zwischen Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu entwickeln. Mit

einem Wort, sie schaffen die gesetzlichen, von den Teilnehmern der Konferenz von Helsinki offiziell gebilligten Bedingungen dafür, daß in dieser ideologischen und politisch geteilten Welt Platz ist für jedes Volk und jeden Staat, unabhängig davon, welchen Entwicklungsweg sie gewählt haben. Jedoch werden die Normen und Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Staaten gegenwärtig von reaktionären militaristischen Kreisen imperialistischer Mächte ernsthaft verletzt, was letzten Endes dazu führt, daß einige der wichtigsten Garantien, wie es die rechtlichen Garantien sind, beginnen schwächer zu werden.

Wir rufen alle unsere Kollegen — die Redakteure der juristischen Zeitschriften in der ganzen Welt — auf, den Versuchen, die Normen des Völkerrechts zu verletzen, entgegenzutreten. Wir rufen auf, so zu handeln, daß dem Völkerrecht der ihm entsprechende Rang verliehen wird, und es zu einem Instrument zu machen, das der Liquidierung aller Versuche des Staatsterrorismus, der politischen Diversion und des Krieges zu lösen.

Wir, die Teilnehmer des Treffens der Chefredakteure juristischer Zeitschriften sozialistischer Länder, tun alles, was in unseren Kräften steht, damit das Recht effektiv zur Sache des Friedens, der Sicherheit und der Gerechtigkeit für alle Völker beiträgt.

Warschau, den 30. April 1986